



Verteidigung von Arbeitsrechten: Die ukrainische Basisorganisation «Sotsialnyi Rukh» mit einer Solidaritätsdelegation.

Foto: Sotsialnyi Rukh

Ukraine

Gegen den Abbau sozialer Rechte während des Kriegs

Seit Beginn des Kriegs in der Ukraine haben gemäss der internationalen Arbeitsorganisation ILO fast fünf Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter im Land ihre Stelle verloren. Unternehmen haben ihre Tore geschlossen oder ihre Kaderangestellten ausser Land gebracht, während die Arbeitenden in den Fabriken ausharren. Gleichzeitig hat die Regierung nach der Ausrufung des Kriegsrechts Arbeitsrechte praktisch ausser Kraft gesetzt: Ein neu erlassenes Gesetz mit der Nummer 2136 hat die Arbeitszeit auf bis zu 60 Stunden pro Woche erhöht, Entlassungen sind leichter möglich, Unternehmen können Teile von Gesamtarbeitsverträgen einseitig aufheben, Streiks sind verboten. Viele

Arbeiter*innen haben kaum mehr Ruhezeiten oder bekommen keine Löhne ausbezahlt.

Dagegen wehren sich Aktivistinnen und Aktivisten der linken Basisorganisation Sotsialnyi Rukh («soziale Bewegung»), die rund um die Uhr kostenlos Rechtsberatung für Arbeiterinnen und Arbeiter anbietet. Die Organisation fordert die Aufhebung des Gesetzes 2136, aber auch weiterer neoliberaler Reformen, wie etwa der kürzlich beschlossenen Senkung der Unternehmenssteuern. Gleichzeitig setzt sich Sotsialnyi Rukh für die Stärkung einer linken Bewegung ein, um nach dem Krieg eine progressive Zukunft aufzubauen. Weiter thematisiert sie auch andere wichtige Themen,

die in dieser Zeit untergehen, etwa die Notwendigkeit der Streichung der Auslandsschulden.

In Kryvyi Rih kämpft derzeit die Gewerkschaft von Stahlarbeiter*innen für den Erhalt von 24'000 Arbeitsplätzen. Sie versucht, die Schliessung des Stahlwerks und die Abwanderung ihres Unternehmens zu verhindern, indem sie für den Schutz der Arbeiter*innen vor Bombardierungen sorgt. Daneben leistet sie humanitäre Hilfe und versorgt ihre Mitglieder sowie Geflüchtete mit allem Nötigen.

Der SOLIFONDS unterstützt diese Kämpfe von Sotsialnyi Rukh und der Stahlgewerkschaft.

Der Krieg darf nicht als Vorwand dienen, um soziale Errungenschaften in der Ukraine abzubauen. Umso wichtiger ist es, dass die internationale Solidarität Basisorganisationen darin unterstützt, gegen den Abbau sozialer Rechte zu kämpfen. Und auch mit Blick auf die Zukunft eine linke Basisbewegung stärkt.

Danke für Ihre Solidarität!

Unabhängige Gewerkschaften in Belarus

Anti-Kriegs-Stimmen unter Druck

In Belarus haben Repression und Kriminalisierung der unabhängigen Gewerkschaften weiter zugenommen. Am 19. April wurde ein Dutzend Gewerkschaftsaktivist*innen verhaftet, darunter die Führungspersonen des unabhängigen Gewerkschaftsbunds (BKDP) sowie der Präsident der Freien Belarussischen Gewerkschaft. Das BKDP-Büro in Minsk sowie die Wohnungen von Führungspersonen wurden durchsucht. Zuvor hatte sich der unabhängige Gewerkschaftsbund BKDP nachdrücklich gegen den Einmarsch Russlands in die Ukraine ausgesprochen und den Rückzug der russischen Truppen aus der Ukraine und aus Belarus gefordert. Daraufhin war eine seiner Gewerkschaften, die belarussische Gewerkschaft der Beschäftigten in der Radioelektronikindustrie (REP), vom Regime als «extremistische» Organisation eingestuft worden. Belarus gehört zu den Ländern mit einer unrühmlichen Füh-

rungsposition bei Arbeits- und Gewerkschaftsrechtsverletzungen. Unabhängige Gewerkschaften, die nach dem Ende der Sowjetunion entstanden und sich im BKDP zusammenschlossen, sind seit vielen Jahren der Repression durch das autoritäre Regime ausgesetzt. Nach den Protesten gegen die Wahlfälschung im August 2020, an denen die Gewerkschaften von Anfang an mit Arbeitsniederlegungen massgeblich beteiligt waren, nahm der Druck weiter zu. Die breiten Proteste auf der Strasse wurden von den staatlichen Sicherheitskräften brutal niedergeknüppelt, zahlreiche Protestierende wurden verletzt, manche getötet, Tausende willkürlich verhaftet. Aktivist*innen der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung wurden angeklagt, viele entlassen, andere mussten ins Exil. In jüngster Zeit haben sich Verhaftungen und Verhöre von aktiven Gewerkschaftsmitgliedern gehäuft, Gewerkschaftsmitglieder werden gedrängt, aus der Gewerkschaft auszutreten.

Kriegstransporte sabotieren

Trotz der Repression erheben unabhängige Gewerkschaften weiter ihre Stimme, insbesondere auch gegen den Krieg und die belarussische Beteiligung daran. Eisenbahner*innen haben sich zum Ziel gesetzt, die Bewegung von militärischen Einheiten und militärischen Gütern durch Belarus zu stoppen. Bereits zuvor hatten sie Informationen über die Infrastruktur der Eisenbahn zusammengetragen. Diese waren ab Kriegsbeginn für Sabotageaktionen hilfreich. Zahlreiche Lokführer*innen und technisches Personal wurden daraufhin verhaftet.

Offensichtlich will die Regierung mit den jüngsten Verhaftungen die unabhängigen Gewerkschaften zum Schweigen bringen. Umso wichtiger ist es, die politischen Gefangenen in Belarus zu unterstützen. Der SOLIFONDS beteiligt sich daran.



«Freiheit für Gewerkschafter*innen in Belarus!» Demo in Genf.

Foto: IUF

Dorfgemeinschaften in Südafrika

Langer Kampf für Mitsprache

In der Provinz Eastern Cape in Südafrika kämpfen Dorfgemeinschaften der Region Amadiba seit zwei Jahrzehnten gegen verschiedene Minen- und Infrastrukturprojekte. Im Mittelpunkt steht eine geplante Titan-Tagebaumine in Xolobeni. Ackerbau und Viehzucht, wichtige Lebensgrundlage für die ländliche Bevölkerung, würden aufgrund der Umweltverschmutzung durch die Mine verunmöglicht. Die Gemeinschaften, mehrheitlich im Amadiba Crisis Committee (ACC) zusammengeschlossen, fordern seit langem ihr Recht auf Konsultation

ein. Nach langem Kampf, während dem mehrere Aktivist*innen des ACC mit dem Tod bedroht und zwei von ihnen ermordet wurden, gab die Justiz 2018 den Gemeinschaften Recht: Ohne ihr ausdrückliches Einverständnis kann es keine Mine geben. Seither ist das Bergbauprojekt in der Schwebe.

Nun kämpfen die Gemeinschaften auch gegen ein weiteres Projekt. Die geplante Ausweitung der Autobahn in die Amadiba-Region soll aufgrund der Entdeckung von Titan entlang der Küste verlaufen statt wie ursprünglich

geplant im Landesinneren. Die Pläne wurden einmal mehr ohne Einbezug der Gemeinschaften gemacht. Dagegen wehren sich die Küstengemeinden, deren Dörfer durch die Autobahn zerteilt und von ihrem Weideland abgeschnitten würden. Für die Gemeinschaften im Landesinnern würde die Strasse hingegen den lang ersehnten Anschluss ans Strassennetz bedeuten.

Im Kampf gegen diese Infrastruktur- und Bergbauprojekte ohne Konsultation der betroffenen Gemeinschaften kann das ACC auf den SOLIFONDS zählen.



Arbeiterinnen des Stahlwerks sortieren von solidarischen Gewerkschaften geschickte medizinische Unterstützung.

Foto: PMGU

Arbeitende in der Ukraine

Arbeitsplätze und Rechte verteidigen

Im Stahlwerk von ArcelorMittal in der zentralukrainischen Stadt Kryvyi Rih kämpfen die Mitglieder der Betriebsgewerkschaft PMGU für das Weiterbestehen des Werks und damit ihrer Gewerkschaft. Gleich nach Kriegsbeginn setzten sich die ausländischen Kaderleute von ArcelorMittal Kryvyi Rih ins Ausland ab. Seither sind die Arbeiterinnen und Arbeiter zusammen mit den lokalen Kaderpersonen auf sich gestellt, um das Werk weiterzuführen. Als erstes schlossen sie die Untertagsminen und fuhren die Hochöfen herunter. Zu gross war das Risiko, dass die Kumpel wegen Bombeneinschlägen in den Schächten eingeschlossen blieben. Gleichzeitig half die Gewerkschaft bei der Evakuierung von Frauen, Kindern und älteren Menschen und organisierte Hilfe für Tausende Geflüchtete aus dem Osten des Landes.

Über die Hälfte der Arbeitenden im Werk wurde vom Management in Zwangspause geschickt – diese Arbeiter*innen erhalten nur noch einen Teil des zugesicherten Lohns. Damit der Betrieb des Stahlwerks für die restlichen Arbeiter*in-

nen aufrechterhalten werden kann, müssen Schutzräume bereitstehen. Als Teil ihres Kampfs für den Erhalt der Arbeitsplätze besorgt die PMGU Isoliermatten und Schlafsäcke, um die Schutzräume so auszustatten, dass Arbeiter*innen darin Unterschlupf finden. Zudem stellt sie Verbandsmaterial und Medikamente für Verwundete und Kranke bereit. «Dieser Krieg ermüdet uns sehr. Ständig heulen die Sirenen, Kampfflugzeuge fliegen über unsere Köpfe. Das alles zert an unseren Nerven», schreibt Natalya Marynyuk, Vor-

sitzende der PMGU. Trotz der schwierigen Umstände kämpft die Gewerkschaft hartnäckig dafür, dass sie weiterhin die Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter verteidigen kann. Und ist dafür dringend auf Unterstützung angewiesen.

Für die Verteidigung von Arbeitsrechten engagiert sich auch die Basisorganisation Sotsialnyi Rukh. Staatliche und private Unternehmen machen sich das Kriegsrecht zu Nutze und Arbeitsrechtsverletzungen sind an der Tagesordnung. Immer mehr Arbeiter*innen wenden sich deshalb an die Organisation, die sie kostenlos berät und darin unterstützt, ihre Rechte einzufordern. Weil der Bedarf nach Unterstützung steigt, baut Sotsialnyi Rukh in Kyiv mit Unterstützung des SOLIFONDS eine Anlaufstelle für Arbeiter*innen auf. Soziale Medien helfen, Informationen zu Arbeitsrechten einfacher zugänglich zu machen.

Auslandschulden der Ukraine müssen gestrichen werden

Mehrere Staaten und multilaterale Institutionen haben seit Kriegsbeginn Millionen aus Nothilfefonds als «Hilfe» für die Ukraine zugesagt. Doch der grosse Teil dieser finanziellen Unterstützung sind Kredite, an einige davon sind neoliberale Reformen als Bedingung geknüpft. Die bereits sehr hohen Auslandschulden der Ukraine wachsen damit weiter an. Gemäss Zahlen des Internationalen Währungsfonds betragen die Auslandschulden bereits Ende 2021 129 Milliarden US-Dollar. Das sind fast 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die linke Basisorganisation Sotsialnyi Rukh fordert deshalb die Streichung der Auslandschulden. Statt Zinsen zu bedienen, müssen Gelder für den Wiederaufbau der Infrastruktur und für eine progressive Sozialpolitik verfügbar sein.



Arbeiter bei der Ernte von abgebranntem Zuckerrohr.

Foto: S. Rawles / Alamy Stock

Kamerun

Zuckerrohrplantagen: Ausbeutung beenden!

Auf den Zuckerrohrfeldern der kamerunischen Firma Sosucam arbeiten die Zuckerrohrschneider zu ausbeuterischen Bedingungen: Die Löhne reichen kaum zum Überleben und die Arbeitstage, die bereits um vier Uhr morgens beginnen, sind viel zu lang. Zudem sind weder soziale Sicherheit noch Gesundheitsschutz oder Arbeitssicherheit garantiert. Aufgrund der fehlenden Schutzausrüstung für die Arbeiter*innen, etwa Handschuhe oder Helme, kommen häufig Unfälle vor, insbesondere schwere Schnittwunden. Krankheiten wie Hautkrebs und Atemwegkrankungen sind verbreitet, da die Arbeiterinnen und Arbeiter oft stundenlang ohne Schutz in der prallen Sonne arbeiten oder nach Abbrennen des Zuckerrohrs Asche einatmen. Die Mehrheit der 8'000 Arbeiter*innen sind temporär angestellt oder sind Tagelöhner*innen. Ihre Löhne und die Lohnzulagen sind besonders tief und sie verrichten die gefährlichsten Arbeiten auf den Feldern.

Solidarität mittels Streik

Während Sosucams Mutterkonzern, der französische Getränkeriesen Castel, Gewinne einstreicht, nimmt der Druck auf die Arbeiterinnen und Arbeiter zu. Als das Unternehmen im letzten Herbst verlangte, dass sie für den gleichen Lohn mehr arbeiten, traten sie zum ersten Mal in den Streik. Temporärarbeiter*innen und Tagelöhner*innen begannen sich gewerkschaftlich zu organisieren. Im vergangenen Februar kam es erneut zu einem Streik. Nachdem 180 Temporärarbeiter*innen gegen die hohe Arbeitslast protestiert hatten, wurden sie entlassen. Auf die Kündigung ihrer Kolleginnen und Kollegen reagierten 2'000 Arbeiter*innen mit der Arbeitsniederlegung. Daraufhin kam es zu Verhandlungen, die eine leichte Erhöhung der Zulagen brachten. Jedoch verhandelte das Unternehmen Sosucam mit der Gewerkschaft der 850 Festangestellten statt mit derjenigen der Temporärarbeiter*innen. Denn mit letzterer weigerte sich Sosucam bisher zu reden.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter der Zuckerrohrplantagen von Sosucam brauchen nun unsere Unterstützung und Solidarität. Die temporär angestellten Arbeiterinnen und Arbeiter organisieren aktuell Unterstützung für ihre 180 entlassenen Kolleg*innen. Sie sind ausserdem daran, zusammen mit der gewerkschaftlichen Organisation «On Est Ensemble» die Anerkennung ihrer Gewerkschaft durch die Behörden zu beantragen. Um Druck auf Sosucam auszuüben, ist es auch wichtig, dass die Medien über ihre Arbeitsbedingungen berichten.

«Eure Solidarität hat uns gestärkt»

Ende April hat der SOLIFONDS eine gewerkschaftliche Delegation aus Glencore-Tochterunternehmen in Kolumbien und Peru begleitet. Die Gewerkschafter*innen aus dem Schweizer Rohstoffkonzern waren zu Besuch in der Schweiz, um an der Glencore-Aktionärsversammlung in Zug ihre Stimme zu erheben und auf die gewerkschaftsfeindlichen Praktiken des Konzerns aufmerksam zu machen. In Peru hatten die Minenarbeiter während zwei Monaten gestreikt, weil sich die Glencore-Tochter Volcan Compañía Minera weigerte, mit ihrer Gewerkschaft zu verhandeln (siehe Bulletin Nr. 126). Bis heute anerkennt die Glencore-Tochter die Gewerkschaft nicht, obwohl sie gemäss einem Entscheid der peruanischen Behörden schon längst mit dieser verhandeln müsste. Und in Kolumbien werden gewerkschaftlich organisierte Arbeiter*innen in Glencore-Unternehmen entlassen, während immer mehr Leiharbeiter*innen über Subunternehmen angestellt werden. Repression und Druck gegenüber Gewerkschaften haben zugenommen. Die Arbeiter*innen in den Glencore-Betrieben in Kolumbien können daraus nur folgern, dass ihre Gewerkschaften zerschlagen werden sollen.

Die Konzernzentrale ging an der Aktionärsversammlung nicht auf Kritik und Fragen ein. Stattdessen pries sie sich selbst in höchsten Tönen und betonte, dass sie sich um ihre Arbeiter kümmere – in ähnlich schönfärberischem Stil wie in jüngster Zeit Werbeplakate Glencore als Vorkämpfer für Nachhaltigkeit darzustellen versuchen.

An diversen öffentlichen Veranstaltungen rund um den 1. Mai sowie an Treffen mit hiesigen Gewerkschafter*innen fand die gewerkschaftliche Delegation mehr Gehör. Dabei betonten die Besucher*innen, wie wichtig die internationale Solidarität für ihren Kampf ist. So wies etwa die peruanische Vertreterin der Minenarbeiter darauf hin, dass die Protestbriefe, die der SOLIFONDS zusammen mit sieben weiteren Organisationen an Glencore richtete, die Kumpel während ihres Streiks ermutigt und gestärkt hatten.

**IMPRESSUM: SOLIFONDS – Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt, Quellenstrasse 25, 8005 Zürich
Tel. 044 272 60 37, mail@solifonds.ch, www.solifonds.ch, PC 80-7761-7, IBAN CH52 0900 0000 8000 7761 7**

Redaktion: Aurora García, Yvonne Zimmermann

Druck: printoset, Zürich (gedruckt auf Refutura-Papier: 100% Altpapier, Blauer Engel, FSC zertifiziert, Co₂-neutral)